

GASTKOMMENTAR

Eine unglaubliche Geschichte – auch für Graubünden

► MARTIN CANDINAS über 175 Jahre Bundesverfassung

Wer das Parlamentsgebäude durch den Südeingang betritt, sieht in der Eingangshalle eine Landkarte der Schweiz. Ihre Geschichte reicht in eine Zeit zurück, als der Nationalstaat zu einer ernsthaften Idee wurde. Drei Jahre noch bevor sich die Eidgenossenschaft eine Verfassung gab, erschienen 1845 die zwei ersten Kartenblätter.

Verantwortlich für die erste topografische Karte der Schweiz war eine grosse Persönlichkeit, die in verschiedenen Disziplinen Geschichte geschrieben hat: Guillaume Henri Dufour, Ingenieur, General im Sonderbundskrieg und Mitbegründer des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz IKRK.

Wer sich die Zeit nimmt, das Kartenwerk genau zu betrachten, wird feststellen, wie plastisch und ästhetisch schön es den Bundesstaat darstellt. Es zeigt ein Bild nationaler Einheit, vor dem die Unterschiede in den Hintergrund treten. Dufour und seine Mitarbeiter gaben der Bevölkerung nach dem letzten Schweizer Bürgerkrieg ein identitätsstiftendes Symbol. Ihr Bundesstaat erhielt eine Gestalt und ein Gesicht.

Diese nie zuvor gesehene Schweiz hält das damals noch fragile Staatsgebilde zusammen. Erst aus der Nähe erkennt man in feinen Linien die unverwechselbaren Konturen der Kantone. Die Karte machte plötzlich für alle erkennbar, wo der Rhein entspringt und durch welche Kantone er sich schlängelt. Es wurde sichtbar, wie das Bündner Territorium verschlungen und durch unzählige Transitachsen mit den Nachbarn und der Welt verbunden ist. Dem Freistaat der Drei Bünde fiel es nicht leicht, der Eidgenossenschaft mehr als ein freundschaftlich zugewandter Ort zu sein. Vielleicht auch deshalb, weil das verbündete Trio auf eine fast 300-jährige gemeinsame Integrationsgeschichte zurückblicken konnte, die letztlich jedoch 1799 scheiterte.

Graubünden wurde 1799 Teil der Helvetischen Republik. Und musste fortan in neuen staatspolitischen Experimenten Fuss fassen. Wie sehr sich der junge Kanton für das schweizerische Staatswesen mitverantwortlich fühlte, zeigte sich drei Jahrzehnte später. Graubünden unterstützte alle Begehren um Total- oder Teilrevision des alten Bundesvertrages, wehrte sich aber gegen zentralistische Tendenzen. Als zwei Monate nach dem Sonderbundskrieg die Revisionskommission den Bundesvertrag zerpfückte und eine Verfassung entwarf, sass der Bündner Gesandte Raget Aaby mit am Tisch. Raget, aus einer Kaufmannsfamilie stammend, ein Militär und Protestant, gehört für Rolf Holenstein, Autor des Buches «Stunde Null», nicht zu den grossen Gestalten unter den Verfassungsvätern. Und doch war er ein bedeutender Mann. Im entscheidenden Moment verhalf er dem Zweikammersystem mit einer Volksversammlung und einer Ständevertretung zum Durchbruch. Der Bündner Grosse Rat stellte sich geschlossen hinter die erste Schweizer Bundesverfassung, das Stimmvolk folgte mit 52,81 Prozent Ja-Stimmen. Die Integrationsgeschichte Graubündens setzte sich mit der Bundesverfassung von 1848 mit einer neuen Staatsarchitektur fort.

Eine originalgetreue Nachbildung der Bundesverfassung befindet sich in einer Vitrine vor den Drei Eidgenossen in der Kuppelhalle des Bundeshauses. Die erste Bundesverfassung anerkannte Italienisch, Französisch und Deutsch als gleichberechtigte Landessprachen, nicht aber das Rätomanische. Erst 90 Jahre später, am 20. Februar 1938, nahmen alle Kantone sowie die Schweizer Stimmbürger das Rätomanische mit einem überwältigenden Ja-Stimmen-Anteil von 91,6 Prozent als vierte Landessprache in die Verfassung auf. Und nach weiteren 85 Jahren darf ich als Nationalratspräsident sogar die Sitzungen in meiner Muttersprache eröffnen, abschliessen und teilweise leiten und dies ist akzeptiert. Der anfängliche Überraschungseffekt ist der Normalität gewichen. 175 Jahre Bundesverfassung – eine unglaubliche Geschichte!

MARTIN CANDINAS ist Ende November 2022 zum Nationalratspräsidenten gewählt worden. Der Mitte-Politiker wohnt in Chur und Rabius. Er ist Bürger von Sumvitg.

CARTOON Rolf Giger über Staatsverweigerer



Brambrüeschbahn-Projekt wird genauer untersucht

Die neue Bahn nach Brambrüesch wird deutlich teurer als geplant. Der Churer Gemeinderat will auch deshalb einen Bericht vom Stadtrat zum Projekt. Verzögerungen könnten die Folge sein.

► PATRICK KUONI

E

Es könnte ein Entscheid mit zeitlichen Folgen sein, welchen der Churer Gemeinderat am Donnerstagnachmittag getroffen hat. Damit rechnet zumindest Stadtpräsident Urs Marti. Er warnte die Legislative, dass die neue Brambrüeschbahn möglicherweise ein Jahr später einsatzbereit sein könnte. Dies sei realistisch, so der FDP-Mann. Aus Winter 2026 könnte also Winter 2027 werden, was die Eröffnung der Direktverbindung nach Brambrüesch angeht.

Die Warnung stiess Marti im Zusammenhang mit einem Antrag der Geschäftsprüfungskommission aus, der kurz zusammengefasst vom Stadtrat verlangt, dass er über das Neubauprojekt berichtet. Im Bericht sollen die Bereiche Kosten, Corporate Governance (Grundsätze der Unternehmensführung) sowie die zwei Millionen Franken Eigenmittel, welche die Bergbahnen Chur-Dreibündenstein (BCD) bringen müssen, thematisiert werden. Zu Verzögerungen könne es deshalb kommen, weil ein solcher Bericht Zeit brauche und erst danach über einen Zusatzkredit befunden werden könne, so Marti.

Gemeinderat ist sich fast einig

Trotz Warnung stellte sich auch Marti und später mit 17:1 Stimmen bei einer Enthaltung auch der Gemeinderat hinter diese Forderung. Häufig wurde während der Debatte der finanzielle Aspekt in den Vordergrund gestellt. Die BCD hatten vergangene Woche transparent gemacht, dass die geplante Bahn nach neuen Berechnungen statt der erwar-

teten 24,4 Millionen Franken (plus/minus 25 Prozent) wohl 35 Millionen kosten werde. Als Hauptursache für die höheren Kosten wurde die Teuerung ins Feld geführt (Ausgabe vom Samstag). Die Führung der BCD bat anlässlich der Medienorientierung den Gemeinderat auch darum, den Antrag der GPK auf die nächste Sitzung vom 5. September zu verschieben. Sie wolle bis Ende August sowohl die GPK als auch die Mitglieder des Gemeinderates über die aufgeworfenen Fragen informieren.

Marti hielt dazu fest: «Wir haben nur eine Chance, der Bevölkerung einen Zusatzkredit zu unterbreiten.» Wenn das Projekt aus irgendwelchen Gründen noch einmal teurer werde, dann gerate man in Erklärungsnot. Der Churer Finanzminister geht davon aus, dass die Kosten irgendwo bei 40 Millionen Franken zu liegen kommen könnten. «Wir müssen deshalb Fragen der Bevölkerung zu den Mehrkosten antizipieren und diese in unseren Bericht mit aufnehmen.» Es gebe Beispiele, wo Zusatzkredite vom Volk verworfen worden seien, weil

keine genauen Aussagen gemacht werden konnten. Der Bericht solle etwa auch aufzeigen, was ein Weiterbetrieb der alten Bahn kosten würde, weil auch diese Frage kommen werde.

GPK-Präsident Jürg Kappeler führte aus, weshalb man zusätzlich zu den Kosten auch die Bereiche Corporate Governance und die Eigenmittel im Bericht haben möchte. «Wir hatten punkto Corporate Governance im März des vergangenen Jahres eine Sitzung. Da sahen wir, dass es noch Potenzial gibt. Seit dann wurden aus unserer Sicht in diesem Bereich nicht wirklich Fortschritte erzielt.»

Trick verhindern

Zu den Abmachungen, die mit der BCD im Vorfeld der Abstimmung getroffen wurden, gehört, dass sie eigene Mittel in der Höhe von zwei Millionen Franken beschafft. Die BCD wollen diese laut Kappeler etwa damit beschaffen, dass Unternehmen, die Aufträge erhalten, Partizipationsscheine der BCD kaufen müssen. «Wir haben Bedenken, dass die Unternehmen die Partizi-

pationsscheine einpreisen und somit ihre Leistungen einfach teurer werden, sodass am Ende doch die Stadt für diese zwei Millionen Franken aufkommt.» Hans Martin Meuli (FDP) sprach während der Debatte von Vertrauen, das bei solchen Grossprojekten wichtig sei. Damit dieses Vertrauen erhalten bleibe, sei ein Bericht die beste Lösung. Und Mitte-Gemeinderat Silvio Curschellas sagte, dass in der Bevölkerung viele Unklarheiten entstanden seien, wie es nun weitergehe. Auch er begrüsst deshalb den Bericht.

Die Bergbahnen Chur-Dreibündenstein selbst werden sich erst nach der Sitzung mit dem Stadtrat nächste Woche äussern. Reto Küng, Delegierter des Verwaltungsrates, hält jedoch schon fest: «Wir haben nichts zu verbergen und begrüssen die Validierung des Projekts, die auch ohne Intervention der GPK passiert wäre.»

Hallenbad wird ab 2025 saniert

Der Churer Gemeinderat hat am Donnerstagnachmittag die Mehrjahresplanung der Generationenprojekte besprochen und Anpassungen vorgenommen. Die Räte unterstützen grundsätzlich die Haltung des Stadtrates, dass pro Periode ein Generationenprojekt umgesetzt werden kann. Konkret wäre dies in der Periode 2 (ab 2024) das Schulhaus Masans, in der dritten Periode soll dann die Sanierung des Theaters folgen und in der vierten Periode die Gesamtsanierung des Hallenbades. Da der Zustand des Hallenbades aber für eine so späte Sanierung nicht mehr gut genug ist, wird das Hallenbad nun bereits ab 2025 komplett saniert. Details zu den Gesamtkosten sind bisher noch nicht bekannt. Nur, dass sechs Millionen Franken pro Jahr dafür reserviert werden sollen. (BT)



Zukunftsmusik: So könnte sich das Stadthallenareal mit der neuen Brambrüeschbahn präsentieren. (VISUALISIERUNG ARCHITEKTURBÜRO CLAVUOT)